

# Volksstimme

**Redaktion:**  
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17  
Fernsprecher 6302  
Erscheinung täglich von 1/2 12 - 1/2 1 Uhr.

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)**  
für den Regierungsbezirk Merseburg  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaftler“  
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Verlag und Expedition:**  
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 27  
Fernsprecher 5407  
Verlagsdirektor Leipzig Nr. 87578.

Nr. 40 Preis pro Quartal 2.25 Mk. (bei Abrechnung 2.00 Mk.) Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. (Postgebühr 0.20 Mk.) Einzelhefte 0.12 Mk. (Postgebühr 0.02 Mk.) Halbjährlich 10.00 Mk. (Postgebühr 1.00 Mk.) Ein Jahrgang 20.00 Mk. (Postgebühr 2.00 Mk.)  
Halle, Dienstag, den 17. Februar 1920  
Verlagspreis: Im schmalen Bogen 30 Pf., im breiten Bogen 35 Pf. für die Mailmeile. Zeitungsbelegungen mit 50% Nachschlag. — Einmalige Anzeigen: 10 Pf. für die erste Zeile, 5 Pf. für die folgenden. — Einmalige Anzeigen: 10 Pf. für die erste Zeile, 5 Pf. für die folgenden.

## Die einzige Rettung aus der Not.

**Essen, 16. Febr. (WZ.)** Eine bedeutungsvolle Besprechung v. reinigte heute hier Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung mit Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Angehörigen des Bergbaus und der Industrie. Es handelte sich um die Frage, wie die Verwertung der Kohlenförderung herbeigeführt werden kann. Reichsminister Bauer legte in eindringlicher Weise dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Es müßte die oberste Aufgabe sein, daß die Arbeitslosen wieder erreicht werden. Das ließe sich nicht anders erreichen, als indem länger als 7 Stunden gearbeitet werde. Von entscheidender Bedeutung ist es, daß es gelinge, die jährliche Kohlenerzeugung um 40 bis 50 Millionen Tonnen zu steigern.  
Nach dem Reichsminister Bauer sollte der Staatensatz, daß die Mehrförderung von 50 Millionen Tonnen Kohle eine jährliche Mehrarbeit von 1/2 Stunden beanspruche. Diese müßte sich an die reguläre Schicht anschließen. Die Arbeiter sollten nicht mit 25 Prozent, sondern mit 100 Prozent Zuschlag auf die jährliche Summe bezahlt werden. — In der Protokollformula seien die Unterarbeiten mit den Selbstverpflichtungen nicht zu stellen. — Die Vertreter der Gewerkschaften forderten bessere Ernährung für den Bergarbeiter und erklärten, daß die Durchführung der vorgeschlagenen Verhandlungen gegenwärtig eine zu große Notwendigkeit für die Ernährung der Bevölkerung sei. Der Reichsminister erklärte, daß er sich sofort zu Verhandlungen bereit, mit einer besseren Ernährung herbeigeführt werden könne.  
Bei der weiteren Erörterung, an der sich auch der

Reichsarbeitsminister Schlichte beteiligte, wurde das für und Wider eingehend besprochen mit dem schließlichen Ergebnis, daß über die Frage der Ueberarbeit sofort Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen. Die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft über die Form und das Maß der notwendigen Mehrarbeiten werden bereits am Mittwoch aufgenommen.  
Nach dieser Wolff-Meldung werden also morgen, Mittwoch, die Verhandlungen über die eventuelle Mehrarbeit der Bergarbeiter beginnen. Man sieht, daß ernst gemacht werden soll. Die Regierung faßt ein Problem an, das schwierig ist wie keines, das aber nach seiner Lösung in der Tat als einziges in der Lage ist, unsere gegenwärtige Notlage zu mildern und schließlich zu beseitigen. Das A und O unserer Not ist der Mangel an Kohlen; unsere Produktion, deren Steigerung allein uns retten kann, kann nur gehoben werden, wenn die Kohlennot beseitigt wird. Eine sofortige Vermehrung der Bergarbeiterzahl ist wegen der mannigfachen allgemein bekannten Schwierigkeiten unmöglich und so bleibt keine andere Lösung, als daß die Bergarbeiter bei entsprechender Ernährung und Bezahlung sich freiwillig erbieten, in der Ueberarbeitszeit, denn nur um eine solche kann es sich handeln, mehr zu arbeiten. Von irgendwelchem Zwang in dieser Richtung muß abgesehen werden, das fordern wir schon heute mit aller Entschiedenheit, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil damit das gesteckte Ziel nicht erreicht wird. Schwierigkeiten sind, die aus der obigen Meldung hervorgeht, zu überwinden. Hoffen wir, daß sie überwunden werden am besten in dem gangesen Volkes und zur allgemeinen Zufriedenheit aller beteiligten Kreise.

## Die weitere Verteuerung der Nahrungsmittel.

Am Sonnabend voriger Woche brachten wir eine Notiz der „Zeitschrift Allg. Zeitung“, nach der die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das kommende Erntejahr beträchtlich heraufgesetzt werden. Jetzt werden durch „WZ.“ nähere Einzelheiten darüber verbreitet. Danach geht dem Reichsrat dieser Tage eine Vorlage der Reichsregierung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 zu. Die wichtigste Aufgabe der für die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr verantwortlichen Stellen besteht zurzeit darin, die landwirtschaftliche Erzeugung nach Möglichkeit zu steigern, um den Nahrungsbedarf der Bevölkerung weitmöglichst aus dem heimischen Boden zu decken. Von diesem Gedanken ausgehend, hält es die Reichsregierung für notwendig, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, die dem Landwirt die Sicherheit einer angemessenen Verwertung seiner wichtigsten Erzeugnisse gewährleisten und damit die restlose Ausnutzung aller zu Gebote stehenden Produktionsmittel für den Frühjahrsaussaat ermöglichen. Zu diesem Zweck schlägt sie im Hinblick auf eingehende Beratungen mit Vertretern der Erzeuger-, Verbraucher- und des Handels vor, alsbald Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln festzusetzen.  
Diese Preise stellen die Mindestvergütung für Getreide und Kartoffeln der Ernte 1920 dar, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften abzuliefern sind. Vorgeschlagen werden im einzelnen:  
1. für die Tonne Weizen und Spelz (Dinkel, Felsen), Eimer und Einforn 1100 Mark;  
2. für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Mk.;  
3. für die Tonne Kartoffeln 500 Mk.  
Diese Mindestpreise sind auf Grund des gegenwärtigen Standes der Produktionskosten errechnet. Sie tragen, da voraussichtlich mit weiteren Steigerungen der Kosten zu rechnen ist, nur einen vorläufigen Charakter und bilden die Grundlage für die endgültigen Uebernahmepreise, die kurz vor der Ernte festgelegt werden sollen. Die endgültigen Uebernahmepreise, die zugleich Höchstpreise sein werden, sollen unter Berücksichtigung der bis zur Ernte eingetretenen Veränderung der Produktionskosten und des Erntebildes festgelegt werden. Auf die Weise wird die Sicherheit gegeben, daß die Landwirte für die Zeit der Festsetzung der Höchstpreise infolge weiterer Steigerung der Produktionskosten entstehenden Mehrnahmen durch die endgültigen Preise einen Ausgleich erhalten.  
Soweit die Vollendung. Weiter wird noch gemeldet, daß beschloffen wurde, die Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln beizubehalten und auch den Hafer wieder in die Zwangswirtschaft einzubeziehen. Das sind die Aufgaben. Die Festsetzung von Mindestpreisen für die wichtigsten Getreidearten, welche die bisherigen Höchstpreise um das Doppelte übersteigen, wird natürlich von den Verbrauchern mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Jedoch wird niemand die letzte Regierung im Verdacht haben können, daß sie aus Verbraucherehrlichkeit so gehandelt hat. Wir stehen einmütig vor der Frage, ob wir künftig teurer zu leben haben oder nicht.  
Gewiß kann eine Regierung, die sich vorwiegend auf die Industriearbeiterschaft stützt, auf ihren Kopf bestehen und der Landwirtschaft keinerlei Preissteigerung bewilligen. Aber die Folgen werden oft ganz andere sein, als sie selber wünscht. Wäken wir nach Ausland. Dort verhungern die großen Städte, obwohl die Landwirtschaft an Kopfzahl mindestens um das Vierfache übertrifft. Können wir russische Bauern nicht einen Industriearbeiter ernähren? Gewiß könnten sie es, wenn sie wollten.  
Über sie wollen nicht.  
Die Politik der Regierung hat ihnen sehr viel genommen, auch nur einen Quadratmeter Getreide mehr anzubauen, als sie für ihren persönlichen Bedarf benötigen. Das aber diesen eventuell hinausgerichtet wird, das wird für teureres Geld im Seidenshandel verschoben. Die bolschewistische Regierung ist gegen diese Zukunftsbetrogung des gewaltigen roten Terrorismus, denn sie kann unmöglich hinter jeden der 80 Millionen russischen Bauern einen Gebarmen stellen. Das einzige, was geschieht, sind ab und zu gewalttätige Requisitionen durch bewaffnete Arbeiter-Scharen, die natürlich das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung noch mehr vertiefen und die Bauern antreiben, die schmerzlichen Schritte zur Verbesserung und Verbeimischung ihrer Vorräte anzunehmen.

## Berzicht auf die Auslieferung. Die Entente note noch nicht übergeben.

Gestern schon verkündeten einige Zeitungen, daß die Antomnote der Alliierten auf die deutsche Auslieferungsnote vom 25. Januar in Berlin übergeben worden sei. Sie machten im Anschluß daran allerlei Mitteilungen über den Inhalt der Note. Diese Meldungen waren sämtlich falsch, denn heute wird von der halbamtlichen „Deutschen WZ.“ bekanntgegeben, daß die in Rom veröffentlichte Note des Verbandes in der Auslieferungsnote bis in die letzten Abendstunden der deutschen Regierung noch nicht überreicht worden ist. Da die Note am Sonnabend von London durch Kurier abgehandelt worden ist, dürfte ihre Ueberreichung durch den englischen Geschäftsträger wahrscheinlich erst heute erfolgen.  
Ueber den Inhalt der Note gibt die „WZ.“ eine Reitermeldung aus Paris weiter, nach der die „Kriegsverbrecher“ von dem deutschen Gerichtshof abgeurteilt werden dürfen. Wenn die Urteilsprüche unbefriedigend seien, beschließen sich die Alliierten das Recht vor, Deutschland wegen Nichterfüllung des Friedensvertrages Strafen aufzuerlegen.  
Hiernach spricht die Entente den glatten Verzicht auf die Auslieferung aus, der Standpunkt der deutschen Regierung hat sich, und nach aller Voraussicht wird nun die durch die Auslieferungsnote geschaffene Krise zum Wohle des Volkes glänzend überwinden.

Rüde einem Regieren Franzosen auch schlecht an. (Feb. 16. WZ.)  
Ritti ist vernünftiger.  
Paris, 16. Febr. Ministerpräsident Ritti erklärte dem Berichterstatter des „Matin“ in London, man müsse mit der Politik brechen, 300 Millionen Menschen als Feinde zu betrachten. Von Deutschland sei nichts zu befürchten, da es weder eine Flotte noch Rohmaterialien habe.  
Kabinettskrisen überfall.  
Gestern schon meldeten wir von dem Rücktritt der russischen Regierung, bezogen heute nach Kabinettskrisen in Amerika, der Türkei und Spaniens gemeldet. In Spanien ist das Kabinettskrisen zurückgetreten und in der Türkei hat man bereits eine neue provisorische Regierung gebildet. Diese Regierungskrisen der einzelnen Länder sind zum guten Teil nichts als Reflexwirkungen und zeigen, wie unzufrieden man in der ganzen Welt mit dem „Friedenswerk“ von Versailles ist.

Um die Auslieferung des Grotters.  
Haag, 16. Febr. Wie das Korrespondenzbüro hört, ist ein neues Schreiben bei der niederländischen Regierung bezüglich der am 21. Januar von der niederländischen Regierung dem Obersten Rat gegebenen Antwort auf das Ersuchen um Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers eingegangen. Entsprechend den internationalen Verpflichtungen kann die Niederländische Regierung durch die niederländische Regierung vorläufig noch nicht erwartet werden.  
Keine Aussicht auf Auslieferung in Amerika?  
Haag, 16. Febr. „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Die unmittelbare Hilfe der Anwesenheit Wilson-Panama wird wahrscheinlich sein, daß jede Aussicht auf Auslieferung des Friedensvertrages verschwinden ist.  
Holländischer Reis nach Deutschland.  
Wie verschiedene Berliner Blätter zuverlässig erfahren, hätte die Reichsregierung mit einem holländischen Konsortium einen Vertrag auf Bestellung von einer Million Tonnen abgeschlossen. Die Bestellung erfolgte schon vor nächster Woche.

Wiederand über die Note.  
Paris, 16. Februar. (WZ.) Ministerpräsident Wiederand erklärte einmütig dem Reichsrat, daß die „WZ.“ Beschlüssen auf die Bundesversammlung die Note, die der Reichsrat der Regierung in der Auslieferungsnote überreicht wurde, halte den Grundsatze der im Artikel 228 ausgesprochenen Formel aufrecht, nur die Auslieferungsmethode werde geändert. Es sei unrichtig, daß er vor der Auslieferungspolitik kapitalisiert habe, die in England und Italien gepredigt werde. Wiederand will nicht kapitalisiert haben. Natürlich, das

2000  
4000  
6000  
8000  
10000  
12000  
14000  
16000  
18000  
20000  
22000  
24000  
26000  
28000  
30000  
32000  
34000  
36000  
38000  
40000

2000  
4000  
6000  
8000  
10000  
12000  
14000  
16000  
18000  
20000  
22000  
24000  
26000  
28000  
30000  
32000  
34000  
36000  
38000  
40000







Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Verein für Halle.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Büro des Vorstandes... Mitglieder der Kommission...

Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im St. Nikolaus... große Funktionärversammlung...

Aus dem Stadtkreis.

Deutschnationale Volksbewegung.

Von einem „Scheitler“ der Gedanken, dem die Verfassung... die deutsche Nation... die deutsche Arbeit...

mit der Behauptung, Afford wäre... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Ein weiterer Grund für die Schließung der Hauptwerkstätten... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

In der nächsten Tagung wird das Betriebsratsgesetz... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Wichtige Bestimmungen zur Elternberufswahl.

Vom Kreisjugendinspektor für Halle I (Stadt) erhalten... die Eltern... die Einführung des Präsenztages...

Zur Entlohnung der Hauptwerkstätten im Direktionsbezirk Halle.

Über die Entlohnung der Hauptwerkstätten im Direktionsbezirk Halle... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Am die Parteigenossen im Bezirk!

Nachdem das Geseh über die Wahl der Betriebsräte angenommen... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Am die Parteigenossen im Bezirk!

Nachdem das Geseh über die Wahl der Betriebsräte angenommen... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die neue Sicherheitspolizei in den Provinzialstädten.

Von der Sicherheitspolizei Gruppe I wird uns mitgeteilt... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Die neue Sicherheitspolizei in den Provinzialstädten.

Die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Am die Parteigenossen im Bezirk!

Nachdem das Geseh über die Wahl der Betriebsräte angenommen... die Arbeiter... die Einführung des Präsenztages...

Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss. Der Reichstagsbeschluss.

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

abschließung des Gesetzes über den Einheitslohnanspruch. Das Volk darf in keiner Hinsicht...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

politik der Reichsregierung in Stadt und Land zu tun. Die Reichsregierung...

Entscheidung über...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

W. V. Als sich die Vertreter der R. P. D. im Oktober zur Reichskonferenz...

Aus aller Welt.

Städt. Zur Nachahmung empfohlen. Das Schicksal der in Städt. in Berlin...

Städt. Zur Nachahmung empfohlen. Das Schicksal der in Städt. in Berlin...

Städt. Zur Nachahmung empfohlen. Das Schicksal der in Städt. in Berlin...

Parteinachrichten.

Einem wirksamen Aufsatze zu den kommenden Reichstagsarbeiten...

Einem wirksamen Aufsatze zu den kommenden Reichstagsarbeiten...

Versammlungs-Kalender.

Dürrenberg. Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr. In der Halle...

Dürrenberg. Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr. In der Halle...

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 18. Februar 1920...

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 18. Februar 1920...

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 18. Februar 1920...